

Ergebnisprotokoll

5. Sitzung des IT-Planungsrats		
<u>Datum:</u> 30. Juni 2011	<u>Ort:</u> Berlin, Bundesministerium des Innern	<u>Uhrzeit:</u> 9:30 Uhr bis 12:30 Uhr
<u>Leitung:</u> [REDACTED] [REDACTED]	<u>Sitzungsunterlagen:</u> • Anwesenheitsliste, Tagesordnung • Tischvorlagen zur Sitzung	

Kategorie A:	Einführung
---------------------	-------------------

TOP 1	Begrüßung und Tagesordnung
--------------	-----------------------------------

Der Vorsitzende des IT-Planungsrats, [REDACTED] begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur 5. Sitzung in Berlin und fasste die Ergebnisse des Kaminabends vom Vortag zusammen.

Der Vorsitzende dankte für die rege Teilnahme und Diskussion und stellte mittels Tischvorlage den Entwurf eines Memorandums des IT-Planungsrats (IT-PLR) vor. Das Gremium kam überein, das Memorandum als TOP zum Ende der Sitzung zu behandeln.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wurde der Protokollentwurf der letzten Sitzung einstimmig und ohne Änderungen beschlossen.

Zur Tagesordnung wurden folgende Änderungen vorgeschlagen:

- Behandlung der Themen „Identitätsmanagement-System der Bayerischen Staatsregierung (Authega)“ sowie „Energieatlas Bayern“ zur Information (BY).
- Behandlung der Themen „Ausstattung und Entwicklung der Geschäftsstelle IT-Planungsrat“ als Erörterungspunkt (Bund) und „Veranstaltung DIHK und BMI - Erfahrungsaustausch E-Government“ zur Information.

- Behandlung des Themas „Think Tank – Gemeinsame Veranstaltung des IT-Planungsrats mit der AG 3 des IT-Gipfels“ als Information (BW / Vorsitz).

Darüber hinaus gab es keine Ergänzungen.

Beschluss:	2011/15
1. Der IT-Planungsrat beschließt das Protokoll der 4. Sitzung am 3. März 2011 in der vorgelegten Fassung.	
2. Der IT-Planungsrat stellt die Tagesordnung und seine Beschlussfähigkeit fest.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X ¹	Nein	X ²

Sitzungsunterlagen:
• Ergebnisprotokoll der 4. Sitzung des IT-Planungsrats am 3. März 2011 (X²) • Tagesordnung zur 5. Sitzung des IT-Planungsrats am 30. Juni 2011 (X¹)

X¹ Veröffentlichung der Tagesordnung zur 5. Sitzung des IT-Planungsrats.

X² Keine Veröffentlichung des Protokolls zur 4. Sitzung des IT-Planungsrats.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie B:	Grüne Liste (Ohne Aussprache)
---------------------	--------------------------------------

TOP 4	De-Mail Ausschuss Standardisierung
--------------	---

Keine Erörterung. Entscheidung erfolgte wie vorgeschlagen.

Beschluss: 2011/16
Der IT-Planungsrat bittet die Freie Hansestadt Bremen, den Leiter der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) in den nach dem De-Mail-Gesetz vorgesehenen Ausschuss De-Mail-Standardisierung als den vom IT-Planungsrat beauftragten Vertreter der Länder zu entsenden.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
------------------------------------	----	---	------	--

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 5	Steuerungsprojekte des IT-Planungsrats
--------------	---

Zu diesem TOP erfolgte auf Wunsch Hessens eine Erörterung zur Verwendung von freien Restmitteln aus dem Jahr 2010 und aus dem ersten Halbjahr 2011.

bat um Erörterung, wie zukünftig mit Restmitteln aus zurückliegenden Zeiträumen verfahren wird, für die keine direkte Verwendung in Projekten des IT-PLR oder in der Geschäftsstelle vorgeschlagen wird. Er bezog sich insbesondere auf un geplante Restmittel aus dem Jahr 2010 in Höhe von die aus seiner Sicht aber in diesem Jahr für Projekte oder Anwendungen des IT-PLR eingesetzt werden sollten. Infrage kämen z.B. der Behördenruf 115, das Projekt S.A.F.E. oder De-Mail für die Justiz.

Darüber hinaus könne man diese Mittel auch für die Beauftragung von wissenschaftlichen Untersuchungen – insb. bezogen auf die verfassungsrechtliche Stellung des IT-Planungsrats - im Auftrag des IT-Planungsrats verwenden. und unterstützen grundsätzlich die Ausführungen Hessens zur Mittelverwendung. bot an, das Thema „verfassungsrechtliche Stellung des IT-Planungsrats“ mit der Verfassungsrechtsabteilung des BMI zu erörtern. Dieser Vorschlag wurde ausdrücklich von unterstützt.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass zur nächsten Sitzung in Umsetzung der NEGS ein Beschluss mit Projekten und Finanzierung vorgelegt werden soll. Die Hinweise des Landes Hessen seien vor diesem Hintergrund dann im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

unterstützte die Vorschläge zur Mittelverwendung und stimmte den Aussagen des Vorsitzenden zu.

führte an, dass ein Beschluss zur Mittelverwendung, ob in der nächsten Sitzung oder im Umlaufverfahren aus Hamburger Sicht zugestimmt wird, wenn konkrete Vorschläge zu Maßnahmen und Mittelverwendung vorliegen und ein geordnetes Verfahren vorgeschlagen wird. Die Beauftragung von Gutachten wird ebenfalls als problematisch angesehen.

als Vertreterin des Bundes, unterstützte grundsätzlich auch eine mögliche Mittelverwendung für das Projekt D115, betonte aber die Notwendigkeit eines geordneten Verfahrens unter Berücksichtigung der Ergebnisse zur Umsetzung der NEGS.

Zur Umsetzung der NEGS, bat der Leiter der Geschäftsstelle IT-Planungsrat um Zulieferung von konkreten Projektideen, sog. Maßnahmesteckbriefen, bis zum 12. August 2011 an die Geschäftsstelle. Hinsichtlich der Mittelverwendung verwies er auf unterschiedlichen Finanzierungsmodalitäten für die Geschäftsstelle, die Projekte und die Anwendungen. Eine wechselseitige Deckung sei daher nicht ohne Weiteres möglich. Selbstverständlich würden die Vorschläge zur Verwendung von Restmitteln wie gewohnt im Rahmen des Mittelverwendungsberichts berücksichtigt.

Protokollnotiz des Landes Baden-Württemberg (Vorsitz)

Bitte an den Bund, das Bundesministerium des Innern, um eine verfassungsrechtliche Prüfung zur Rolle des IT-Planungsrats im föderalen Gewaltengefüge.

Beschluss:	2011/17
Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Geschäftsstelle zur Kenntnis und stimmt den darin enthaltenen Vorschlägen zur Mittelverwendung zu.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:
- Planungsübersicht der Steuerungsprojekte des Aktionsplans Deutschland-Online - Aktualisierter Mittelverwendungsbericht 2010

Interne Finanzplanungen sollten einer Veröffentlichung nicht zugänglich gemacht werden.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 8	SAGA 5.0
--------------	-----------------

bat das Bundesministerium des Innern (BMI) um Berücksichtigung aller Länderstellungnahmen und Verbändestellungnahmen, vor allem der des BITKOM.

wies auf eine geplante 3. Sitzung der Bund/Länder Arbeitsgruppe zu SAGA hin. Dort würden alle Stellungnahmen und weitere Vorschläge berücksichtigt.

TOP 9	Informationssystem des IT-Planungsrats
--------------	---

stellte das weitere Verfahren bezüglich des Bayerischen Angebots zur Bereitstellung eines MS SharePoint Servers als Kollaborationsplattform und Informationssystem des IT-Planungsrats anhand einer Tischvorlage vor. Weitere Gespräche mit der Geschäftsstelle IT-PLR würden dazu folgen.

Die Geschäftsstelle dankte für das vorgelegte Angebot, steht für weitere Gespräche gerne zur Verfügung und bat um Berücksichtigung Berlins bezüglich der Einbindung des Konzepts zum „NEGS Monitor“ im weiteren Verlauf.

bat um Berücksichtigung der kommunalen Landesverbände hinsichtlich des Zugriffs (Lesezugriff).

Kategorie C:	Strategische und zentrale Themen
---------------------	---

TOP 10	eID Strategie
---------------	----------------------

informierte anhand der Tischvorlage „eID Strategie“ über die Zielstellung des TOP und die Idee des Bundes zur Entwicklung einer Strategie zum Schutz „elektronischer Identitäten“ sowie zu den Möglichkeiten eines „Selbstbestimmten Handelns im Netz“.

Hintergrund für die Entwicklung einer solchen Strategie sei u.a. die steigende Nutzung des Internets für Behördenkontakte, privatwirtschaftliche Rechtsgeschäfte sowie das allgemeine Handeln von Personen im Netz und die Zunahme krimineller Aktivitäten.

Der Staat solle aus diesen Gründen seine bisherigen Instrumente und Regularien für den einfachen und sicheren Umgang im Internet für Bürgerinnen und Bürger, auch in Hinsicht auf die Nutzerakzeptanz überdenken und bisherige Initiativen und Techniken konsolidieren.

Zum Schutz elektronischer Identitäten oder anderer damit im Zusammenhang stehender strategischer Fragen gebe es viele Initiativen, auch im europäischen Kontext, und ein großes Interesse der Wirtschaft und der Verwaltungen. Man solle daher über den IT-Planungsrat eine Strategie im Dialog mit Ländern und Kommunen entwickeln.

In einer übergreifenden Strategie sollten die zum Teil unabhängigen Initiativen zu einer Strategie für „Elektronische Identitäten und selbstbestimmtes Handeln im Netz“ auch unter Aufzeichnung bisher nicht identifizierter Handlungsbedarfe im Dialog weiterentwickelt werden. Dabei bestehe die Notwendigkeit einer föderalen Abstimmung.

Folgende Themen ließen sich beispielsweise schon heute identifizieren:

- Konsolidierung der technischen Verfahren für verschiedene Ziele und Einsatzzwecke
- Rechtliche Verankerung und Begleitung von technischen Verfahren, z.B. De-Mail und eID Funktion des Neuen Personalausweises (nPA)
- Standardisierung von Verschlüsselungsverfahren für eine vertrauliche Kommunikation
- Bündelung staatlicher Lösungen und Infrastrukturen mit dem Ziel der Kostensenkung und Berücksichtigung der Aspekte des Bürokratieabbaus

■ begrüßte die Initiative des BMI, verwies vor allem auf das Projekt S.A.F.E als Single-Sign-On Applikation und bat um Einbindung beider Verfahren.

■ bat um Behandlung des Themas „Authega“ in Ergänzung dieses TOP und verwies auf die entsprechende bayerische Tischvorlage (Broschüren „Authega – Der sichere Zugang zum eGovernment-Portal“).

Das bayerische Projekt Authega sollte als Sicherheitsplattform für eine sichere Authentifizierung und den Online-Zugang zu den staatlichen bayerischen Verwaltungsvorgängen und Portalen, könne darüber hinaus nahtlos in bestehende Software integriert und als zentraler Dienst in Anspruch genommen werden. Eine technische Anbindung und Verbindung von Authega mit S.A.F.E würde daher ebenfalls möglich sein. Die Authega zugrundeliegende Technologie wurde ursprünglich für ELSTER entwickelt und wird derzeit vor allem in diesem Bereich genutzt.

■ betonte vor dem Hintergrund der vorgestellten Initiativen die Notwendigkeit einer Konsolidierung der bisherigen Verfahren, gerade auch im europäischen Kontext sollte langfristig eine gemeinsame Strategie entwickelt werden. Das Projekt S.A.F.E sollte man als Koordinierungsprojekt des IT-Planungsrats ggf. exemplarisch in eine solche Strategie einbinden.

■ schlug vor, diesem Thema durch eine Entscheidung des IT-Planungsrats mehr Gewicht zu verleihen.

Ein entsprechender Entscheidungsvorschlag wurde erarbeitet und als Tischvorlage eingebracht.

Zu der Frage, wie selbstbestimmtes Handeln stattfinden kann, stellte [REDACTED] fest, dass eine Strategie dazu zum Beispiel neue Speichermöglichkeiten berücksichtigen und die Untersuchung neuer Datennutzbarkeit in Verantwortung des jeweiligen Nutzers beinhalten müsse. Darüber hinaus sei die informationelle Selbstbestimmung und Bürgernutzen und die Nutzerfreundlichkeit zu befördern. Dazu sei eine Diskussion in Erarbeitung der Strategie und um Berücksichtigung aller eingebrachten Vorschläge erforderlich.

[REDACTED] wies ergänzend auf die eID-Funktion des neuen Personalausweises hin. In Erarbeitung einer solchen Strategie müssten allgemein mehr Anwendungen für die Onlinefunktion des Ausweises geschaffen werden. Gerade in den Kommunen gebe es zu wenig konkrete Anwendungsfälle, dabei könnten diese zu einer Werbung für die Freischaltung der Funktion genutzt werden. Der Einsatz in den Kommunen würde beispielsweise befördert, wenn die entsprechenden Zertifikate kostenlos angeboten würden.

[REDACTED] ergänzte, dass insbesondere auch europäische Anforderungen einzubeziehen seien. Er bat daher um Ergänzung des durch Hamburg eingebrachten Entscheidungsvorschlags, wie folgt: „... unter Berücksichtigung bereits existierender Konzepte“.

[REDACTED] bat darum, keine Insellösung zu entwickeln. Es müsse eine konsolidierte Strategie unter Berücksichtigung aller Lösungen mit dem Ziel einer Beförderung der eID-Funktion des nPA erarbeitet werden. Ggf. wäre die Einrichtung einer mit entsprechendem Auftrag versehenen Kooperationsgruppe des IT-Planungsrats (KoopGr) dafür sinnvoll.

[REDACTED] wies darauf hin, dass ein kurzfristiger Start eines Verfahrens wichtig wäre. Man müsse eine Verfahrensaufnahme schnell umsetzen. In der Strategie insgesamt müsse darüber hinaus eine Berücksichtigung finanzrechtlicher und steuerrechtlicher Fragen stattfinden.

bat ergänzend um die Einbeziehung aller Fachministerkonferenzen, um Transparenz, frühzeitige Information und Einbindung sicherzustellen. Eine eID Strategie sei letztlich auch ein Thema der Innenministerkonferenz (IMK).

dankte für die bisherigen positiven Rückmeldungen und die Unterstützung. Zum jetzigen Zeitpunkt befände man sich am Anfang der Überlegungen. Die frühzeitige Befassung solle einer ersten Meinungsbildung dienen. Zunächst müsse mit einer Bestandsaufnahme und Ideensammlung begonnen werden. BMI würde bei Zustimmung mit einer entsprechenden strukturierten Abfrage das Vorhaben initiieren. Eine Berücksichtigung der Fachministerkonferenzen sei dabei selbstverständlich. Im Rahmen einer ersten Information zu dieser Sitzung sei eine Beteiligung und Einbindung vor der ersten Meinungsbildung im IT-Planungsrat noch nicht geboten gewesen; eine allgemeine Information an alle FMK sei im Rahmen der generellen Unterrichtung über die Sitzung jedoch erfolgt. Über die konkrete Einbindung müsse zu einem späteren Zeitpunkt im weiteren Verfahren befunden werden. Die Einrichtung einer befristeten Kooperationsgruppe könne ggf. noch später erfolgen.

Der Vorsitzende des IT-PLR dankte für die lebhafte Diskussion, der eingebrachte Entscheidungsvorschlag aus Hamburg wurde mit den vorgeschlagenen Änderungen aus Sachsen beschlossen. Eine Veröffentlichung soll nicht erfolgen.

Beschluss:		2011/18	
Der IT-Planungsrat begrüßt die Initiative zur Erarbeitung einer eID-Strategie und stellt fest, dass diese Strategie unter Einbeziehung des Bundes, der Länder und Kommunen unter Berücksichtigung bereits existierender Konzepte erarbeitet werden muss.			

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:
Informationsunterlage eID Strategie (nur als Tischvorlage)

Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 11	E-Government Gesetz des Bundes
--------	--------------------------------

informierte zum aktuellen Stand der Arbeiten und dankte insbesondere für die rege Beteiligung aus den Ländern und Kommunen. Die Rückläufe des an die Mitglieder des IT-Planungsrates gerichteten Fragebogens zu möglichen Regelungsinhalten eines E-Government-Gesetzes des Bundes würden in einem zu erstellenden Referentenentwurf aufgegriffen werden.

Die derzeitigen Überlegungen im BMI gingen dahin, ein Artikelgesetz zu erarbeiten, welches als Artikel 1 ein "E-Government-Gesetz" als Stammgesetz sowie in weiteren Artikeln Änderungen insbesondere am Verwaltungsverfahrensgesetz sowie weiterer (Fach-)Gesetze vorsieht.

Das Gesetz verfolge nicht das Ziel, neue E-Government-Anwendungen zu schaffen. Vielmehr werde das Ziel verfolgt, durch den Abbau bundesrechtlicher Hemmnisse und durch impulsgebende Vorschriften (sogenannte „Motornormen“) Anreize für ein ebenenübergreifendes E-Government zu schaffen und dessen Verbreitung zu fördern.

Ein wichtiger Bestandteil des Gesetzes sei daher die Zulassung hinreichend sicherer technischer Verfahren zur Erfüllung der Schriftform neben – und nicht anstelle – der qualifizierten elektronischen Signatur (qeS). Für das Verhältnis Bürger – Verwaltung sei hierbei ggf. an webbasierte Anwendungen im Zusammenspiel mit der eID-Funktion des neuen Personalausweises zu denken. Auch werde zu prüfen sein, ob für die gesamte Rechtsordnung De-Mail schriftformersetzend eingesetzt werden könne.

Als Impulsgebung sei zudem daran gedacht, Normen zur Beförderung des E-Government aufzunehmen. Beispielsweise seien hier Regelungen zur elektroni-

schen Aktenführung (Stichwort „ersetzendes Scannen“ des Originaldokuments) genannt.

Die enge Abstimmung mit den Ländern sei BMI wichtig. Daher werde um erste Einschätzungen in der Sitzung und um weitere Anregungen ggf. im Nachgang gebeten.

Zum weiteren Verfahren bestünde Einigkeit, dass dem IT-Planungsrat im Gesetzgebungsverfahren zwar keine ausdrückliche Funktion zukomme; im Kontext der Meinungsbildung sei die Befassung des Gremiums mit Blick auf die IT-Belange allerdings von erheblicher Bedeutung. BMI würde daher den Gesetzentwurf im Rahmen der Länderbeteiligung parallel dem IT-Planungsrat zuleiten.

█ dankte für die Ausführungen und die bisherige Einbeziehung. Der vorgestellte Weg werde aus sächsischer Sicht unterstützt, insbesondere die Regelungen zum „ersetzenden Scannen“ seien von hohem Interesse. Darüber hinaus müsse eine Abstimmung und die Beförderung des Austausches über den IT-Planungsrat weiterhin Ziel sein; die angebotene Beteiligung werde daher ausdrücklich begrüßt.

Auf die Frage █ nach der Einbeziehung von Open Data in die Regelungen des Gesetzes wies █ █ darauf hin, dass über eine Berücksichtigung noch nicht entschieden sei.

TOP 12	Kooperationsgruppe Strategie
---------------	-------------------------------------

Mit Bezugnahme auf die vorgelegten Unterlagen zur Sitzung und der Abstimmungen in der Kooperationsgruppe Strategie berichtete der Leiter der Kooperationsgruppe und der Geschäftsstelle IT-PLR, █ über den aktuellen Stand der Umsetzung der Nationalen E-Government Strategie und das folgende Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Umsetzungskonzepts einschließlich des Operationalisierungsdokuments. Die Zeitplanung sei ambitioniert und eng, daher arbeiten die Geschäftsstelle und die Kooperationsgruppe mit Hochdruck an der Umsetzung.

Der Vorsitzende dankte für die Darstellung und bat das Gremium um ergänzende Beiträge.

bat darum, die vorgesehene Zeitplanung, Fristen und Zulieferungsbitten zeitnah durch die Geschäftsstelle zu übermitteln.

sei die enge Zeitplanung bewusst, jedoch werde um Berücksichtigung des BITKOM im vorgesehenen Beteiligungsverfahren gebeten. Eine Einbeziehung des einschlägigen Branchenverbandes sei notwendig. Das Verfahren werde öffentlich betrachtet, eine breite Einbeziehung erhöhe die Akzeptanz der Nationalen E-Government Strategie und des IT-Planungsrats insgesamt.

Auch bat im Sinne eines transparenten Handelns um eine umfassende Beteiligung.

Der Leiter der Geschäftsstelle sagte zu, die erbetenen Planungsdokumente und Zeitleisten kurzfristig zu versenden, der Vorschlag zur Einbeziehung des BITKOM werde aufgenommen, erforderlichenfalls werde aufgrund der engen Zeitplanung ein gestuftes Vorgehen beim Beteiligungsverfahren vollzogen.

bat ergänzend um die Einbeziehung der Gewerkschaften und der Berufsverbände.

schloss sich der Bremer Ergänzung an, hielt eine Berücksichtigung im Umsetzungsverfahren bis zum 13. Oktober 2011 auch aus zeitlichen Gründen aber nicht für zwingend notwendig.

Der Vorsitzende des IT-Planungsrats fasste alle eingebrachten Beiträge zusammen und hielt die Ergänzung des Beteiligungsverfahrens um BITKOM und Gewerkschaften, Berufsverbände fest. Betreffend die Gewerkschaften und Berufsverbände werde geprüft, ob ein Anhörungsverfahren am 12. Oktober 2011 in Stuttgart (mittags) einen denkbaren Beteiligungsansatz böte.

Der Entscheidungsvorschlag wurde mit einer Ergänzung beschlossen. Eine Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen soll nicht erfolgen.

Beschluss: 2011/19	
1.	Der IT-Planungsrat nimmt den von der Kooperationsgruppe Strategie erarbeiteten Entwurf zum Umsetzungskonzept der Nationalen E-Government-Strategie in der Fassung vom 25. Mai 2011 zur Kenntnis.
2.	Die Geschäftsstelle wird beauftragt, zu veranlassen, dass das Umsetzungs-

zept in Bund, Ländern und Kommunen sowie den Ansprechpartnern der Fachministerkonferenzen, der AG 3 des Nationalen IT-Gipfels für die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft und dem BITKOM mit der Möglichkeit zur Stellungnahme und Unterbreitung eigener Maßnahmenvorschläge zur Kenntnis gegeben wird.

3. Der IT-Planungsrat beschließt die Fortführung der Kooperationsgruppe Strategie bis zunächst 13. Oktober 2011. Die Kooperationsgruppe Strategie wird gebeten, Stellungnahmen sowie konkrete Maßnahmenvorschläge zu berücksichtigen und dem IT-Planungsrat das Umsetzungskonzept inkl. der priorisierten Maßnahmenplanung zu seiner 6. Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:
Entwurf des Umsetzungskonzepts zur NEGS inklusive zwei Anlagen

Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 13	Kooperationsgruppe EU
---------------	------------------------------

berichtete unter Bezugnahme auf die Sitzungsunterlagen zum vorgelegten Abschlussbericht der Kooperationsgruppe EU und den darin enthaltenen Handlungsempfehlungen.

Im Abschlussbericht werde die Notwendigkeit einer verbesserten Abstimmung und Zusammenarbeit im europäischen Kontext betont, man müsse auch dortige Entwicklungen beachten und berücksichtigen. Eine Maßnahme sei die verstärkte Präsenz von Bund und Ländern in EU-Gremien. Darüber hinaus enthalte der Bericht eine Analyse und eine Bewertung des E-Government Benchmarking der EU-Kommission sowie die Darstellung von Verbesserungspotenzialen.

■■■■■ dankte der Kooperationsgruppe für die gute Zusammenarbeit und rege Beteiligung aller Teilnehmer. Insgesamt sei ein guter Bericht entstanden, die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen müssten nun sukzessive umgesetzt werden.

Die Koordinierung und Steuerung der weiteren Umsetzungsarbeiten müsse nun, wie im Entscheidungsvorschlag ausgeführt, durch die Geschäftsstelle erfolgen. BMI würde sich zuständigkeitshalber weiterhin aktiv in diesem Zusammenhang engagieren, bat aber aus dem Kreis der bisherigen Teilnehmer der Kooperationsgruppe um weitere Mitarbeit an der Umsetzung.

Der Vorsitzende dankte für den Bericht und bat die Mitglieder des IT-Planungsrats um ergänzende Beiträge.

■■■■■ dankte für die Arbeiten. Die Betrachtung des EU-Benchmarking sei wertvoll. Die Kommunen seien bereit an, sich bei einer eventuellen Evaluierung des EU-Benchmarking zu beteiligen.

■■■■■ dankte ebenfalls für die Arbeit der Kooperationsgruppe; man habe sich in der Gruppe in Zuständigkeit für die europäischen Belange in Sachsen stark engagiert, die vorgeschlagene Evaluierung des Benchmarking-Berichts werde begrüßt. Darüber hinaus werde sich Sachsen auch an der weiteren Umsetzung aktiv beteiligen.

■■■■■ wies auf die Zeitproblematik im bisherigen EU-Benchmarking Prozess hin. Brandenburg bat den Bund, von einer personenbezogenen Ansprechpartnerlösung abzusehen und auf die Entwicklung einer elektronischen Abfrage bei der Durchführung eines europäischen E-Government Benchmarking hinzuwirken.

■■■■■ dankte für die zugesagten Unterstützungsangebote. In Erwiderung der brandenburgischen Bitte wurde darauf hingewiesen, dass elektronische Abfrageverfahren in der Vergangenheit nur teilweise genutzt worden seien. Man stimme überein, dass der Abfrageprozess verbessert werden müsse. BMI und die Geschäftsstelle würden entsprechend tätig werden und Verbesserungspotenziale prüfen.

Darüber hinaus berichtete ■■■■■ dass sich bei der konstituierenden Sitzung der Europäischen Hochrangigen Gruppe E-Government am 7. Juni 2011 in

Brüssel zahlreiche EU-Mitgliedsländer gegen eine Durchführung des Europäischen E-Government Benchmarking 2011 ausgesprochen hätten. Es sei daher davon auszugehen, dass das Benchmarking in diesem Jahr nicht stattfinden werde.

Der Vorsitzende bat die Länder, auch nach Beendigung der Kooperationsgruppe EU durch die benannten Teilnehmer für die Umsetzungsarbeiten zur Verfügung zu stehen.

ergänzte, dass dafür auch die Fachleute des Bundesverwaltungsamts (BVA) zur Umsetzung von IMI – Binnenmarkt Informationssystem der Europäischen Kommission – einbezogen werden sollten.

Der Entscheidungsvorschlag wurde beschlossen. Eine Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen soll erfolgen.

Beschluss:	2011/20
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Kooperationsgruppe EU zur Kenntnis. 2. Er bittet die Geschäftsstelle des IT-Planungsrats, die notwendigen Veranlassungen für die Umsetzung der im Bericht genannten Handlungsempfehlungen zu treffen und dem IT-Planungsrat über die Ergebnisse erstmalig auf seiner 7. Sitzung zu berichten.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:
Abschlussbericht der Kooperationsgruppe EU des IT-Planungsrats inklusive Anlagen

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 14
Metropolregion Rhein-Neckar

berichtete unter Bezugnahme auf die vorgelegte Sitzungsunterlage über das Projekt „Metropolregion Rhein-Neckar (MRN)“ zum aktuellen Sachstand der dortigen Pilotprojekte.

An der Metropolregion Rhein-Neckar seien die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg unter Einbeziehung der Kommunen und des Bundes beteiligt. Ziel sei ein grenzüberschreitendes One-Stop-Government (länder- und kommunen-übergreifend), mit dem man Bürokratiekosten senken, Prozesse mit Mitteln der Informationstechnik beschleunigen, andere Erfahrungen und Ergebnisse nutzen und somit als E-Government Modell für andere Gebiete dienen wolle.

bot an, seine Erfahrungen mit dem Projekt eStrasse zur regions-übergreifenden Zusammenarbeit gerne zur Verfügung zu stellen.

regte an, die Ergebnisse und Erfahrungen der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) im IT-Planungsrat zu konsolidieren und gute Lösungen zu unterstützen.

wies darauf hin, dass ein Projekt der MRN, nämlich der Prozessdatenbeschleuniger -P23R, ein Kanzlerinnenexponat auf dem nächsten IT-Gipfel 2011 in München sein werde. Dies werde der MRN nochmals eine hohe Aufmerksamkeit zu Teil werden lassen.

TOP 15
Entwicklung eines Standards XAntragsformular

berichtete über die aus Sicht der Kommunen notwendige Erarbeitung eines Standards XAntragsformular für das behördliche Antragswesen. Er verwies unter Bezugnahme auf die Sitzungsunterlage auf die Potenziale eines solchen Standards und bat um Zustimmung zum eingebrachten Entscheidungsvorschlag.

dankte ebenfalls für die Initiative der kommunalen Spitzenverbände. Er wies jedoch darauf hin, dass Doppelentwicklungen zu vermeiden und vor allem bestehende Initiativen, wie z. B. XFall, im weiteren Verfahren einzubeziehen seien. Vor diesem Hintergrund mache er einen entsprechenden Änderungsvorschlag

Az.: IT1-190 001-9/0#31

30. Juni 2011

zum Entscheidungsvorschlag des Deutschen Städtetags und bat um Berücksichtigung.

Dieser Vorschlag wurde von [REDACTED] unterstützt, da die Arbeiten zu diesem Standard mit mehreren Ländern bereits weit fortgeschritten seien.

[REDACTED] bat für den Entscheidungsvorschlag um Ergänzung von Standardisierungsvorhaben im Bereich der Justizverwaltung.

[REDACTED] sah die generelle Berücksichtigung des ursprünglichen Änderungsvorschlages von TH („...unter Berücksichtigung bestehender Standards“) als ausreichend an. [REDACTED] unterstützte dies.

Darüber hinaus stellte [REDACTED] die Frage, wer für die Entwicklung eines solchen Standards die Kosten trage. Eine Finanzierung des Standards durch die Kommunen sei nicht möglich, so [REDACTED]

[REDACTED] sagte die Erstellung einer Stellungnahme und Kurzbewertung durch die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) in Abstimmung mit dem DST zu. Ein Konzept mit Finanzierungsdetails könne man auf dieser Grundlage später erarbeiten. Die Kurzbewertung könne zur 6. Sitzung vorgelegt werden.

Der Entscheidungsvorschlag wurde mit Änderungen beschlossen.

Beschluss:	2011/21
1. Der IT-Planungsrat begrüßt die Initiative des Deutschen Städtetags zur Entwicklung eines Standards für das behördliche Antragswesen. 2. Der IT-Planungsrat bittet die Koordinierungsstelle für IT-Standards bei der Freien Hansestadt Bremen zur 6. Sitzung um eine Stellungnahme und Kurzbewertung unter Berücksichtigung bestehender Standards und Standardisierungsinitiativen (z.B. der XFall-Initiative).	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
------------------------------------	----	---	------	--

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie D:	Grundlagen des IT-Planungsrats
---------------------	---------------------------------------

TOP 16	Zusammenarbeit mit der Innenministerkonferenz
---------------	--

Die Berichterstattung erfolgte durch [REDACTED] unter Verweis auf die Tischvorlage. Es wurde insbesondere auf die Beachtung der Stellungnahme des AK V (Katastrophenschutz) in Bezug auf die fachlichen Zusammenarbeiten im Bereich Standardsetzung hingewiesen.

[REDACTED] stellte die Nachfrage, ob es einzelne Standardisierungsmaßnahmen, z. B. im Bereich Katastrophenschutz gebe, die jetzt schon eine Befassung des IT-Planungsrats erforderten.

Die Geschäftsstelle wies darauf hin, dass die KoSIT mit der Erarbeitung einer Standardisierungsagenda für den IT-Planungsrat beauftragt sei.

Kategorie E:	Kurzberichte
---------------------	---------------------

TOP 17	Bericht zum Verbindungsnetz
---------------	------------------------------------

[REDACTED] berichtete a unter Verweis auf die Sitzungsunterlage.

[REDACTED] ergänzte den Bericht zum aktuellen Verfahrensstand zu IPv6. Als Bereitstellungstermin für IPv6 sei Dezember 2011 vorgesehen. Das zentrale Management der IPv6-Adressen (LIR) für die Öffentliche Verwaltung werde derzeit organisatorisch und technisch im Zuständigkeitsbereich des BMI aufgebaut. Entsprechende Sub-LIRs in den Ländern würden zeitnah über die Geschäftsstelle abgefragt.

[REDACTED] bat ergänzend um Berücksichtigung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, z. B. im Hinblick auf die Polizeinetze.

Der Entscheidungsvorschlag wurde beschlossen. Eine Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen soll wie vorgeschlagen erfolgen.

Beschluss: 2011/22
Der IT-Planungsrat nimmt den „Sachstandsbericht zur Überführung der Aufgaben des DOI-Netz e.V. auf den Bund zum Stand 1. Juni 2011“ zur Kenntnis.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:
Sachstandsbericht zur Überführung der Aufgaben des DOI-Netz e.V. auf den Bund zum Stand 1. Juni 2011

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie F:	Verschiedenes
---------------------	----------------------

TOP 18	IT im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
---------------	---

berichtete über die seit der letzten Befassung des IT-Planungsrats am 2. Juli 2010 erfolgten Veranlassungen. Auf Basis mehrerer Gespräche zwischen BMI und BMAS sei vom federführenden Ressort das vorliegende Informationsschreiben erarbeitet worden, mit dem den Interessen der Länder und Kommunen Rechnung getragen werden solle.

dankte für die Initiativen des BMI und begrüßte die Bemühungen, hier mit dem BMAS für mehr Transparenz zu sorgen. Leider stelle die Information des BMAS aus seiner Sicht die Situation nicht hinreichend dar, da eine Zusammenarbeit der Kommunen und der Arbeitsagentur auf Augenhöhe nicht erkennbar sei. Die aufgezeigten Beteiligungsmöglichkeiten reichten so noch nicht aus. Insgesamt sei die Gesamtkonzeption aus kommunaler Sicht nicht angemessen.

unterstützte diese Ausführungen. Die Informationsunterlage sei nicht ausreichend und die Darstellung kommunaler Einbeziehung nicht angemessen. Die Kommunen seien gesetzlicher Träger von Teilleistungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende und müssten daher gleichrangig einbezogen werden. Aus Sicht des DST müsse daher eine erneute Befassung des IT-Planungsrats zu diesem Thema erfolgen. führte aus, dass eine ausreichende Einbeziehung der Kommunen der Information des BMAS nicht hinreichend entnommen werden könne. Der IT-Planungsrat solle daher nochmals auf eine verbesserte Zusammenarbeit hinwirken.

Der Vorsitzende schlug folgendes Verfahren vor:

- Der Vorsitzende des IT-Planungsrats solle Kontakt mit dem BMAS aufzunehmen.
- Die Vertreter der Spitzenverbände wurden gebeten, für ein entsprechendes Schreiben einen Problemaufriss und Zielstellungen beizusteuern.

regte an, eine erneute Entscheidung des IT-Planungsrats zum Thema herbeizuführen, um dem Anliegen Nachdruck zu verleihen und brachte einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag ein.

regte an, dass eine deutliche Ansprache an BMAS und die BA erfolgen solle; der IT-PLR solle seine Empfehlung aus dem Jahr 2010 daher bekräftigen.

Der Vorschlag des Vorsitzenden wurde allgemein begrüßt.

Empfehlung: 2011/23	
1. Der IT-Planungsrat bekräftigt seine Entscheidung 2010/12 „IT im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)“ vom 2. Juli 2010. 2. Der Vorsitzende wird daher gebeten, mit dem zuständigen Bundesministerium Kontakt aufzunehmen.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:

- Informationsunterlage über die Software Allegro

Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

Ergebnis der Abstimmung:

Ziffer 1		
J	N	E
16	0	1
		

Ziffer 2		
J	N	E
17	0	0

TOP 19
Identitätsmanagement-System der Bayerischen Staatsregierung (Authega)

Die Behandlung dies Tagesordnungspunktes erfolgte unter TOP 10 „eID Strategie.

TOP 20
Energieatlas Bayern

 berichtete über das bayerische Projekt unter Verweis auf die als Tischvorlage eingebrachte Sitzungsunterlage.

TOP 21
Think Tank – Gemeinsame Veranstaltung des IT-Planungsrats mit der AG 3 des IT-Gipfels

Der Vorsitzende informierte über die geplante Veranstaltung, verwies auf das vorliegende Konzept des ISPRAT e.V. und über die Absicht einer gemeinsamen Veranstaltung mit der AG 3 des Nationalen IT-Gipfels.

Az.: IT1-190 001-9/0#31

30. Juni 2011

Die Veranstaltung werde am 29. September 2011 in Potsdam stattfinden. Der Vorsitzende bat die Mitglieder des IT-Planungsrats um Vormerkung des Termins und persönliche Teilnahme.

TOP 22**Ausstattung und Entwicklung der Geschäftsstelle IT-Planungsrat**

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Haushaltskonsolidierung informierte [REDACTED] zu den Erwägungen des Bundesministeriums des Innern, das Personal in der Geschäftsstelle IT-Planungsrat, von den bisher zehn für das Jahr 2011 vorgesehen Stellen auf acht Stellen, also vier besetzt durch den Bund und vier durch die Länder, zu reduzieren. Generell stehe die öffentliche Verwaltung vor der gemeinsamen Aufgabe, Ressourcen abzubauen; davon sei auch das BMI betroffen. Die Geschäftsstelle wurde gebeten, eine entsprechende Unterlage für eine Befassung in der 6. Sitzung am 13. Oktober 2011 vorzubereiten.

TOP 23**Veranstaltung DIHK und BMI - Erfahrungsaustausch E-Government**

[REDACTED] informierte über die gemeinsam mit dem Deutschen Industrie und Handelskammertag (DIHK) geplante Veranstaltung mit der Zielrichtung eines Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik zu übergreifenden E-Government-Themen und – Projekten.

Sie bat um Kenntnisnahme und persönliche Teilnahme. Die Veranstaltung werde am 4. / 5. Oktober. 2011 in Berlin stattfinden. Einladungsunterlagen würden demnächst verschickt.

TOP 24**Termine**

Der Vorsitzende teilte mit, dass die 6. Sitzung des IT-Planungsrats am 13. Oktober 2011 in Stuttgart stattfinden werde.

Darüber hinaus bat er die Mitglieder, sich folgende Termine vorzumerken:

- 29. September 2011 in Potsdam, „Think Tank – Gemeinsame Veranstaltung des IT-Planungsrats mit der AG 3 des IT-Gipfels“ (TOP 21)
- 04./05. Oktober 2011 in Berlin, „Veranstaltung DIHK und BMI - Erfahrungsaustausch E-Government“ (TOP23)
- 12. Oktober 2011 in Stuttgart, Strategiegespräch des IT-Planungsrats mit Dritten

TOP 25	Memorandum des IT-Planungsrats
---------------	---------------------------------------

Der Vorsitzende stellte ein Dokument mit den strategischen Zielen des IT-PLR vor. Er schlug vor, dieses „Memorandum des IT-Planungsrats“ zu beschließen.

Insgesamt wurden das Dokument und der Vorschlag des Vorsitzenden begrüßt.

bat um die Berücksichtigung und Behandlung von IT-Basisdiensten.

wies darauf hin, dass eine Beförderung von Querschnittsthemen die Problematik mit der Fachseite, vor allem in Hinsicht auf Abstimmungen und Beschlüsse minimieren würde. Eine Entscheidung zu solchen Querschnittsprojekten müsse jedoch auch für Fachplanungen Berücksichtigung finden.

Das Memorandum des IT-Planungsrats wurde mit den darüber hinausgehend auch redaktionellen eingebrachten Änderungen beschlossen. Einer Veröffentlichung wurde zugestimmt.

Beschluss:	2011/24
Der IT-Planungsrat beschließt das Memorandum zu seiner zukünftigen strategischen Ausrichtung.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:

Az.: IT1-190 001-9/0#31

30. Juni 2011

- Memorandum des IT-Planungsrats vom 30. Juni 2011

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Im Auftrag

Geschäftsstelle IT-Planungsrat

Bundesministerium des Innern